

Kommentar:

Koalitionspoker oder die Kunst, Neuwahlen zu vermeiden

von Theo Ebbers

Mit der Vereidigung des bisherigen Außenministers I.K. Gujral zum neuen Premierminister beendete die Koalition der 'United Front' eine mehrwöchige schwere Regierungskrise, die von der 'Congress'-Partei ausgelöst worden war (siehe 'Südasiens', 2/97). Für mehr als drei Wochen war die politische Szene Indiens von Unsicherheit geprägt: Würde das Parteienbündnis der 'United Front' halten oder auseinanderbrechen? Würde es der 'Congress'-Partei gelingen, mit Unterstützung bisheriger Koalitionsparteien in der 'United Front' selbst die Regierung übernehmen zu können? Oder müßten sich die indischen Wähler nach nicht einmal einem Jahr 'United-Front'-Regierung auf Neuwahlen einstellen?

Am Ende dieser knapp einen Monat währenden politischen Unsicherheiten, stehen Sitaram Kesri und die 'Congress'-Partei als die Auslöser für die Krise als die blamierten Verlierer da, während die 'United Front' nicht nur als Sieger sondern offenbar sogar gestärkt aus den politischen Machtkämpfen hervorgegangen ist. Die 'Bharatiya Janata Party' (BJP), die als Oppositionspartei im Parlament über die meisten Sitze verfügt und von Neuwahlen wohl am meisten profitiert hätte, bleibt politisch weiterhin eher isoliert.

Das politische Drama hatte begonnen, als der Präsident der 'Congress'-Partei, Sitaram Kesri, am Ostersonntag in einem Brief an Präsident Shankar Dayal Sharma bekannt gab, seine Partei sei nicht mehr bereit, die 'United Front'-Regierung unter Premierminister Deve Gowda zu unterstützen. Statt dessen hoffte man darauf, selbst die Regierung bilden zu können - entweder mit der gesamten 'United Front' als Koalitionspartner, oder mit einzelnen Parteien, die sich aus dem Koalitionsbündnis der 'United Front' herauslösen würden. Es galt in der 'Congress'-Partei als sicher, daß die bisher regierende Koalition unter Deve Gowda vor der mangelnden parlamentarischen Unterstützung kapitulieren und auseinanderbrechen würde. Mit einer ähnlichen Hoffnung forderte auch die BJP, mit der Regierungsbildung beauftragt zu werden und suchte mit Hilfe ihres Verbündeten im Punjab, der 'Akali Dal', weitere regionale Parteien auf ihre Seite zu ziehen, um ihrer Forderung die notwendige politische Basis zu verschaffen.

In der sich um Schadensbegrenzung bemühenden 'United Front' konzentrierte man sich unterdessen darauf, den Drohungen und Forderungen aus der 'Congress'-Partei entschlossen entgegenzutreten und ein Auseinanderbrechen der Koalition zu verhindern. Die Einheit der 'United Front' war der wohl wichtigste Grundsatz, der die Reaktion der Koalitionsparteien auf die Bedrohung durch Sitaram Kesris Brief bestimmte. Vor allem aufgrund der Stärke und Überzeugungskraft der 'Communist Party of India' (CPI-M) unter ihrem Generalsekretär Harkishan Singh Surjeet, zeigte sich die Koalition darüber hinaus zunächst auch entschlos-

sen, an Deve Gowda festzuhalten und auf jeden Fall eine Koalition mit der 'Congress'-Partei zu verhindern. Eine solche Koalition, so die Argumentation Surjeets, führe langfristig zu einer weiteren Polarisierung der politischen Kräfte Indiens und schade den linken, säkularen Kräften, die sich in der 'United Front' als 'Dritte Kraft' den beiden großen Parteien 'Congress' und BJP gegenüber etabliert habe. Für eine Vielzahl der regionalen Parteien in der 'United Front' stand außerdem jegliche Koalition mit der 'Congress'-Partei außer Frage, war diese doch in den jeweiligen Bundesstaaten dieser Parteien deren politischer Hauptgegner.

Angesichts der Entschlossenheit der 'United Front', an diesen Grundsätzen festzuhalten und die Forderungen des 'Congress' zurückzuweisen, sah sich dieser gezwungen, seine Ansprüche immer weiter zurückzuschrauben. Wollte man zunächst selbst die Regierung übernehmen und Sitaram Kesri zum Premierminister machen, beschränkte man sich schon nach wenigen Tagen darauf, als Koalitionspartner der 'United Front' an deren Regierung beteiligt zu werden. Dies schien für kurze Zeit der Kompromiß, dem zumindest Teile der 'United Front' zu folgen bereit waren.

Von einem solchen Kompromiß und einer etwas offeneren Haltung dem 'Congress' gegenüber erhofften sich zumindest einige Koalitionspartner der 'United Front', wie beispielsweise der 'Tamil Maanila Congress' (TMC) unter G.K. Mooppanar, das bevorstehende Mißtrauensvotum gegen Premierminister Deve Gowda mit 'Congress'-Unterstützung gewinnen zu können. Es war klar, daß ein entschiedenes Festhalten an den oben genannten Prinzipien der 'United Front' und Deve Gowda keine Chance lassen würde, das bevorstehende Mißtrauensvotum für sich zu entscheiden. Daß sich dieser angestrebte Kompromiß einer Beteiligung der 'Congress'-Partei an der Regierung dennoch nicht durchsetzen konnte, lag wiederum vor allem an Surjeet und seiner CPI (M). Er konnte in mühsamen und langwierigen Verhandlungen mit den verschiedenen Koalitionsparteien der 'United Front' diese jedoch überzeugen, daß es politisch klüger sei, der 'Congress'-Partei gegenüber hart zu bleiben. Sein Ziel war es, den Entzug der parlamentarischen Unterstützung der Gowda-Regierung durch Sitaram Kesri als politisches Pokerspiel zu entlarven, das der 'Congress' in Ermangelung jeglicher politischer Trümpfe nicht gewinnen konnte.

Tatsächlich wurde im Verlauf der politischen Auseinandersetzungen, die dem Brief Sitaram Kesris folgten, schnell allen Beteiligten deutlich, daß Kesri selbst innerhalb seiner eigenen Partei über keinerlei Basis verfügte, die seinen Anspruch auf die Übernahme der Regierungsgeschäfte hätte rechtfertigen können. Selbst bei einem Auseinanderbrechen der 'United

Front' wäre er niemals in der Lage gewesen, genügend Parteien auf seine Seite zu bringen, um eine von der 'Congress'-Partei geführte Regierung bilden zu können. Nach Surjeets Überzeugung, der sich schließlich sämtliche Koalitionspartner anschlossen, mußte es Ziel der dem Mißtrauensvotum vorangehenden parlamentarischen Debatte sein, die 'Congress'-Partei noch weiter in die Defensive zu drängen und anschließend aus einer politisch wie moralisch stärkeren Position mit der 'Congress'-Partei zu verhandeln.

Wie wirkungsvoll diese Strategie der Entblößung des 'Congress' war, zeigte sich dann unter anderem daran, daß während der Parlamentsdebatte am 11. April über das Mißtrauensvotum kein 'Congress'-Abgeordneter den Versuch unternahm, seinen Parteivorsitzenden Kesri zu verteidigen, obwohl dieser insbesondere in den Redebeiträgen von Innenminister Indrajit Gupta und Premier Gowda geradezu demonstriert wurde. Die unvermeidliche Niederlage Gowdas bei dem Mißtrauensvotum und sein daran anschließender Rücktritt vom Amt des Premierministers wurde so geradezu zu einem Triumph für die 'United Front': man hatte dem Druck der 'Congress'-Partei standgehalten und die Einheit der Koalition bewahrt.

Doch stellte sich nach dem Rücktritt Gowdas nun die Frage nach Neuwahlen; eine Perspektive, die jedoch keinem der großen politischen Blöcke im indischen Parlament besonders attraktiv erschien. Der 'Congress'-Partei war klar, daß ihr die von ihr selbst ausgelöste aktuelle Regierungskrise weitere Wählerstimmen kosten und ihre Wahlniederlage noch weitaus deutlicher ausfallen würde, als bei den Wahlen im vergangenen Jahr. Die 'United Front' wollte zu diesem Zeitpunkt noch keine Neuwahlen, weil sie in der Fortführung ihrer Koalitionsregierung die große Chance sah, sich dem indischen Wähler als wirkliche politische dritte Kraft und Alternative zu 'Congress' und BJP zu präsentieren. Dies dürfte wohl das Hauptmotiv für das Verhalten der 'United Front' während der gesamten Krise gewesen sein. So zeigten sich schließlich beide Seiten zu weiteren Kompromissen bereit. Während die 'United Front' zustimmte, Deve Gowda abzulösen und einen neuen Premierminister aus ihren Reihen zu wählen, erklärte sich die 'Congress'-Partei bereit, der 'United Front' weiterhin die notwendige parlamentarische Unterstützung zu gewähren, unabhängig davon, wer nun letztendlich Premierminister werden würde.

Die Diskussion um die Nachfolge Gowdas stellte die 'United Front' erneut vor eine schwere Zerreißprobe, versuchten doch verschiedene Koalitionspartner ihre jeweiligen Kandidaten für den Posten mit allen Mitteln durchzusetzen. Als besonders aussichtsreich galt für einige Zeit der Versuch der südindischen TMC, ihren Vorsitzenden Moopanar zum neuen Premierminister zu machen, doch bildete sich vor allem unter den linken Parteien des Koalitionsbündnisses schnell Widerstand gegen seine Kandidatur. Als Hauptargument gegen Moopanar wurde angeführt, nur ein Premierminister aus einem der nördlichen Bundesstaaten könne der immer größeren Bedrohung durch die BJP begegnen, während ein Premierminister aus Tamil Nadu oder einem anderen südindischen Bundesstaat die Wählerschaft im Norden der BJP geradezu in die Arme treiben würde.

Während sich alle Koalitionspartner dieser Sichtweise anschlossen und sich schließlich auf den bisherigen Außenminister Inder Kumar Gujral als Konsenskandidaten einigten, beschloß die von dieser Ent-

scheidung enttäuschte TMC, aus der 'United Front'-Koalition auszuscheren und eine Regierung unter Gujral nur zu tolerieren. Nachdem diesem jedoch Ende April im Parlament das Vertrauen ausgesprochen und er damit in seinem neuen Amt bestätigt worden war, gaben Anfang Mai Moopanar und die TMC ihre ablehnende Haltung wieder auf. Gujral hatte von Beginn seiner Amtszeit an darauf bestanden, daß der der TMC angehörende bisherige Finanzminister Chidambaram sein Amt weiterhin ausüben sollte. Angesichts der großen öffentlichen Euphorie, die Chidambaram zu Beginn des Jahres mit seinem Haushaltsentwurf für 1997/98 ausgelöst hatte (siehe 'Südasiens', 2/97), war er zu einer Schlüsselfigur im Kabinett Gowdas geworden, auf die Gujral nur äußerst ungern verzichten wollte. Die zentrale Rolle und Bedeutung, die Chidambaram und damit letztendlich auch der TMC in der Regierung zukommt, veranlaßte diese schließlich, sich doch wieder an der Regierung zu beteiligen. Zwar haben die letzten Wochen gezeigt, daß der TMC der 'Congress'-Partei sehr nahe steht und langfristig wohl auch eine Wiedervereinigung der beiden Parteien nicht auszuschließen ist, doch wird sich die TMC vor einem solchen Schritt so lange hüten, wie es der 'Congress'-Partei nicht gelingt, weitere Verbündete aus den Kreisen der jetzigen Regierungskoalition für sich zu gewinnen.

Am Ende dieses von der 'Congress'-Partei initiierten politischen Pokerspiels ist es der 'United Front' damit gelungen, ihren Zusammenhalt zumindest vorläufig zu sichern und ihre Koalitionsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Die 'Congress'-Partei konnte beweisen, daß sie noch immer stark genug ist, schwere Regierungskrisen auszulösen und Premierminister zu stürzen, doch dürfte sie diesen Beweis ihrer vermeintlichen politischen Stärke mit einem weiteren starken Ansehensverlust in der indischen Öffentlichkeit bezahlt haben. Daran wird wahrscheinlich auch der Anfang Mai erfolgte Parteibeitritt Sonia Gandhis wenig ändern, obwohl der 'Congress' auf den Namen Gandhi und die Fortsetzung der Familientradition sicherlich große Hoffnungen setzt.

Die BJP mußte erkennen, daß sie weiterhin politisch recht isoliert ist, konnte sie doch keine Verbündeten gewinnen, mit deren Unterstützung sie Anspruch auf die Übernahme der Regierungsgeschäfte hätte begründen können.

Mit der Fortsetzung der Koalitionsregierung der 'United Front' und I.K. Gujral als Premierminister ist zumindest für die nächste Zukunft gesichert, daß ein säkularer und föderaler politischer Kurs fortgesetzt werden kann, der auf einen stärkeren Ausgleich zwischen den vielen sozialen und regionalen Interessengruppen gerichtet ist. Dabei bleibt jedoch abzuwarten, wie lange die in der 'United Front' zusammengeschlossenen Parteien und Interessengruppen bereit und in der Lage sind, ihre eigenen Interessen zugunsten des Zusammenhalts der Koalition zurückzustellen. Wie auch die jüngsten Auseinandersetzungen um die Reservierung von Parlamentssitzen für Frauen (siehe Meldungsteil) gezeigt hat, wird der Zusammenhalt der Koalition immer wieder von den Ambitionen einzelner, ehrgeiziger Politiker gefährdet. Für Premierminister Gujral wird es ein schwieriger Balanceakt zwischen diesen vielen Einzelinteressen werden. Dieser wird ihm langfristig nur gelingen können, wenn bei den verschiedenen Koalitionspartnern sowie der 'Congress'-Partei die Angst vor Neuwahlen größer ist, als der Ehrgeiz und die Eitelkeiten einzelner Politiker.